

Niederschrift über die Sitzung
am 22.06.2006

Tagungsort: Altes Rathaus, Erdgeschoss, Nowgorod Raum

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:15 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion

Frau Brinkmann

Frau Kammeier

Herr Kögler

Herr Scholten

stellv. Vorsitzender

SPD-Fraktion

Frau Kopp-Herr

Herr Stucke

Herr Tsapos

Frau Weißenfeld

Vorsitzende

Bündnis90/Die Grünen-Fraktion

Herr Bolte

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Walczak

Frau Duffer

Frau Mösenmeier

Herr Adams

Herr Bauer

Herr Frohloff

Ev. Gemeindedienst
Spielen mit Kindern e.V.
Caritas
Der Paritätische
Die Falken
Ev. Jugend

Beratende Mitglieder

Ev. Kirche
Beigeordneter Herr Kähler

Herr Wandersleb

Herr Winkelmann

Von der Verwaltung

Herr Voßhans

Herr Wendt

Herr Lewald

Amt für Planung und Finanzen JSW
Dienstleistungszentrum JSW
Amt für Planung und Finanzen JSW
(Schriftführer)

Entschuldigt fehlen

Herr Nägler

Herr Wulfhorst

Vorsitzende Frau Weißenfeld begrüßt vor Eintritt in die Tagesordnung die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zu dieser Sitzung fest. Sie weist darauf hin, dass es noch zwei Mitteilungen der Verwaltung gebe und sich insoweit die Tagesordnung ändere.

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Mitteilungen

Zu Punkt 1.1 Tageseinrichtungen für Kinder (neu) hier: Versorgungssituation für 3-6 Kinder in Gadderbaum

Herr Voßhans berichtet aus der Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum zu diesem Thema. Die Bezirksvertretung habe die derzeitige Situation zur Kenntnis genommen. Wie Herr Voßhans ausführt, wird der kirchliche Träger den Kindergarten im Georgenviertel zum 01.08.2007 schließen. Dies habe zur Folge, dass eine der beiden Gruppen aufgelöst und die andere, bei der es sich um eine große altersgemischte Gruppe handele, in den Kindergarten am Hortweg verlagert werde. Am Hortweg würden deshalb die entsprechenden baulichen Veränderungen vorgenommen. Auch Nachfrage von Herrn Kögler antwortet Herr Voßhans, dass ihm keine neuen Informationen zur Betriebskindergarten-Gruppe der Firma „Oekter“ vorlägen. Der JHA nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

* Jugendhilfeausschuss - 22.06.2006 - öffentlich - TOP 1.1 neu - *

-.-.-

Zu Punkt 1.2 Stellungnahme des Städtetages NRW vom 22.06.06 (neu)

Beigeordneter Herr Kähler verweist auf die als Tischvorlage verteilte Stellungnahme (s. Anlage 1), die der JHA zur Kenntnis nimmt.

* Jugendhilfeausschuss - 22.06.2006 - öffentlich - TOP 1.2 neu - *

-.-.-

Zu Punkt 2 Novellierung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder des (neu) Landes NRW (GTK NRW) hier: Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für Kinder in Tageseinrichtungen (TfK) und in Tagespflege

Beigeordneter Herr Kähler bezieht sich auf die Nachtragsvorlage und berichtet über die Beschlussfassung im Finanz- und Personalausschuss. Auf Nachfrage von Herrn Tsapos führt Beigeordneter Herr Kähler aus, dass einer Änderung der Einkommensstaffelung zum 01.02.2007 zwar keine rechtlichen Gründe im Wege ständen, es jedoch sinnvoller sei, Änderungen für ein ganzes Kindergartenjahr vorzunehmen, da z.B. die Eltern Verträge mit den Einrichtungsträgern für ein Kindergartenjahr abschließen würden. Herr Voßhans ergänzt, dass sich die Stadt Bielefeld im Zusammenhang mit der Gesetzesnovellierung dafür eingesetzt habe, gesetzliche Änderungen in diesem Bereich jeweils zum 01.08.

eines Jahres in Kraft treten zu lassen. Insofern wäre schlüssiger, wenn auch eine Änderung der Einkommensstaffelung zum 01.08.2007 erfolgen würde.

Herr Frohloff äußert sich erstaunt darüber, dass das Defizit von 1,7 Mio. € aus dem städtischen Haushalt ausgeglichen werden soll. Er würde es begrüßen, wenn dies auch in anderen Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit so geschehen würde.

Vorsitzende Frau Weißenfeld empfindet es als ärgerlich, dass der Kommune durch die Beschlüsse der Landesregierung 1,7 Mio. € fehlen würden, die auch sehr gut für andere Projekte eingesetzt werden könnten. Anschließend bittet sie den JHA, über die Vorlage abzustimmen.

Beschluss:

Die Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für Kinder in Tageseinrichtungen und für Kinder in Tagespflege wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 2) beschlossen.

- bei 2 Gegenstimmen und einer Enthaltung beschlossen -

* Jugendhilfeausschuss - 22.06.2006 - öffentlich - TOP 2 neu - Drucksache 2009/2443 *

-.-.-

Zu Punkt 3 (neu)

Tagesbetreuung von Kindern hier: Kinder unter 3 Jahren

Herr Tsapos erklärt, dass der in der Sitzung am 07.06.06 gestellte Antrag aufgrund des Beschlusses im Finanz- und Personalausschuss (FiPA) zurückgezogen wird. Auf seine Frage, inwieweit mit der beschlossenen Mittelausstattung eine 20%ige Bedarfsdeckung möglich sei, legt Beigeordneter Herr Kähler dar, dass mit dem FiPA-Beschluss pro Jahr 500.000 € kumulierend zur Verfügung gestellt würden und somit ein Finanzvolumen von 2,5 Mio. € erreicht werden. Damit sei ein großer Schritt getan, um in Bielefeld das Ziel zu erreichen. Beigeordneter Herr Kähler betont, dass bei diesem Thema auch die demographische Entwicklung zu beachten sei und in der weiteren fachlichen Erörterung sowohl die quantitative als qualitative Entwicklung eine Rolle spielen werde.

Vorsitzende Frau Weißenfeld begrüßt die getroffene Entscheidung und stellt fest, dass über den Antrag kein Beschluss mehr zu treffen ist. Anschließend informiert sie über die Fachtagung „Qualität bei der Betreuung U3“, die am 13.06.2006 stattgefunden hat (s. **Anlage 3**). Auf ihre Frage zu Modellversuchen bei Tagespflegegruppen in Kindertagesstätten mit sozialpädagogischen Fachkräften berichtet Herr Voßhans über erste konkrete Überlegungen. Wie er darlegt, sollen die zu überarbeitenden Richtlinien der Tagespflege nach der Sommerpause in ein solches Konzept integriert werden.

* Jugendhilfeausschuss - 22.06.2006 - öffentlich - TOP 3 neu - Drucksache 2009/2394 *

-.-.-

**Zu Punkt 4
(neu)**

**Sozialpädagogische Familienhilfe
hier: Abrechnungsverfahren**

Beigeordneter Herr Kähler bezieht sich auf den Controlling-Bericht 2002/2003, in dem Aussagen zu diesem Thema gemacht worden seien. Seinerzeit seien Bedenken hinsichtlich der möglichen Kostenentwicklung geäußert worden, allerdings gebe es mittlerweile aktuelle Entwicklungen in der rechtlichen Beurteilung und in der Struktur der Jugendhilfe in Bielefeld. Nach Auffassung von Beigeordnetem Herrn Kähler würden Leistungsverträge mehr Transparenz und Finanzsteuerungsmöglichkeiten schaffen. Da bislang eine wirkungsorientierte Steuerung noch nicht vollständig entwickelt sei, könne noch kein aussagefähiger Vergleich zwischen dem System der Leistungsverträge und einer Abrechnung über Fachleistungsstunden getroffen werden. Nach einer vorläufigen Einschätzung müsse bei der Abrechnung über Fachleistungsstunden mit einem Verlust an Steuerungsmöglichkeiten und mit Kostensteigerungen gerechnet werden. Auf Nachfrage der Vorsitzenden Frau Weißenfeld geht Beigeordneter Herr Kähler auf die rechtliche Grundlage ein. Es könne nicht ausgeschlossen werden, dass die derzeitigen Bielefelder Regelungen im Widerspruch zum Berufsfreiheitsrecht und Wettbewerbsrecht ständen.

Nach Auffassung von Herrn Bolte gehöre die sozialpädagogische Familienhilfe nicht in das System der Leistungsverträge und würden insbesondere rechtliche Gründe für eine Abrechnung nach Fachleistungsstunden sprechen. Allerdings räumt Herr Bolte ein, dass zu dieser Frage noch weiterer Erörterungsbedarf bestehe. Auch Herr Scholten sieht weiteren Beratungsbedarf und hält weitere Informationen zur Beurteilung der Frage für erforderlich.

Frau Walczak und Herr Tsapos sprechen sich gegen eine Abrechnung nach Fachleistungsstunden aus. Es bestehe ihres Erachtens aus fachlicher Sicht keine Notwendigkeit dafür, dass bewährte System der Leistungsverträge zu verlassen und ein Verfahren zu wählen, welches einen höheren Bearbeitungsaufwand sowie möglicherweise Kostensteigerungen nach sich ziehe. Herr Tsapos und Vorsitzende Frau Weißenfeld gestehen der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen weiteren Beratungsbedarf in dieser Angelegenheit zu, allerdings sei eine weitere Beratung und Erörterung nur dann sinnvoll, wenn das Ergebnis nicht schon vorher festgelegt werde. Vorsitzende Frau Weißenfeld macht den Vorschlag, nach den Sommerferien auf der Grundlage von schriftlichen Ausführungen der Verwaltung in dieser Angelegenheit zu entscheiden, und zwar entweder auch für den Bereich der sozialpädagogischen Familienhilfe einen Leistungsvertrag mit einer Laufzeit von 4 Jahren zu schließen oder aber künftig nach Fachleistungsstunden abzurechnen.

Herr Bolte begrüßt den Vorschlag der Vorsitzenden, die diesen sodann zur Abstimmung stellt.

Beschluss:

Nach den Sommerferien 2006 soll auf der Grundlage von schriftlichen Ausführungen der Verwaltung entscheiden werden, ob für den Bereich der sozialpädagogischen Familienhilfe einen Leistungsvertrag ab 01.01.2007 mit einer Laufzeit von 4 Jahren geschlossen werden soll oder künftig nach Fachleistungsstunden abzurechnen ist.

- einstimmig bei 1 Enthaltung beschlossen -

* Jugendhilfeausschuss - 22.06.2006 - öffentlich - TOP 4 neu - *

**Zu Punkt 5
(neu)**

Gewährleistungs- und Umsetzungsverantwortung in der Arbeitsgemeinschaft nach § 44 b SGB II - Arbeitplus in Bielefeld GmbH -

Herr Tsapos verweist auf einen als Tischvorlage verteilten gemeinsamen Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, über den in der Ratssitzung am 22.06.06 beraten werden soll und erläutert dessen Inhalt. Der Antrag gehe über den in der Vorlage vorgeschlagenen Prüfauftrag hinaus und sehe die Übernahme der Mehrheit vor.

Herr Bauer und Herr Wandersleb begrüßen den Antrag und sprechen sich dafür aus, diesen zu unterstützen, denn die vorgeschlagenen konkreten Schritte würden den jungen Menschen helfen.

Nach Auffassung von Frau Kammeier und Herr Scholten sind Initiativen, die Jugendliche in Ausbildung bringen bzw. das Verfahren hierzu vereinfachen würden grundsätzlich zu unterstützen. Aus dem hier vorliegenden Antrag würden sich aber noch viele Fragen ergeben. So sei fraglich, inwieweit sich durch eine Mehrheitsübernahme in der Sache etwas ändere, inwiefern es bei veränderten Mehrheitsverhältnissen noch einen gemeinschaftlichen Gesellschaftszweck gebe oder welche Risiken sich aus der Mehrheitsübernahme ergeben würden. Schließlich würde Arbeitplus in Bielefeld GmbH dann die Gewährleistungs- und Ergebnisverantwortung. Aus diesen Gründen könne man dem Prüfauftrag zustimmen, nicht jedoch weitergehenden Anträgen.

Beigeordneter Herr Kähler beschreibt die in der Vorlage aufgeführten Punkte und betont, dass mit der vorgeschlagenen Maßnahmeplanung die Systeme besser aufeinander abgestimmt werden sollen. Es könnten ca. 19 bis 20 Mio. € für unter 25-jährige in Bielefeld eingesetzt, dies sollte jedoch zielführender als bisher geschehen. Sofern die Geschäftsführung von Arbeitplus in Bielefeld GmbH größere Handlungsmöglichkeiten haben wolle, müsse die Kommune die Mehrheit übernehmen. Dies würde auch einen leichteren Zugang zu Bundeszuschüssen bedeuten. Beigeordneter Herr Kähler weist nachdrücklich auf die Folgen für den Fall hin, dass die Kommune nicht Mehrheit übernehmen sollte, denn dann würde eine große Anzahl junger Menschen, nicht von Arbeitplus in Bielefeld GmbH betreut werden können. Auf Nachfrage von Frau Kammeier führt Beigeordneter Herr Kähler aus, dass sich die Höhe der Mittelzuweisung des Bundes auch bei veränderten Mehrheitsverhältnissen grundsätzlich an den Fallzahlen orientiere, allerdings sei ebenso die Kassenlage des Bundes von Bedeutung.

Vorsitzende Frau Weißenfeld greift den Vorschlag auf, über ein positives Votum des JHA zum vorliegenden Antrag abstimmen zu lassen. Sodann fasst der JHA folgenden

Beschluss:

Der JHA spricht ein positives Votum über den vorliegenden Antrag aus.

- einstimmig bei 4 Enthaltungen beschlossen -

* Jugendhilfeausschuss - 22.06.2006 - öffentlich - TOP 4 - Drucksache 2009/2482 *

Vorsitzende Frau Weißenfeld beendet die Sitzung um 17:15 Uhr.l

Bielefeld, 22.06.2006

Weißenfeld, Regine
(Vorsitzende)

Lewald
(Schriftführer)